

Elektroautos: Markt oder Zwang?

Deutsches Steuergeld für den US-Multimilliardär

Dem deutschen Soziologen Franz Oppenheimer verdanken wir die Einsicht, dass man Einkommen nur durch den Einsatz wirtschaftlicher Mittel (durch Produktion und Handel) oder mit politischen Mitteln (mittels Zwang und Gewalt) erzielen kann. Ein Drittes gibt es nicht. Grundsätzlich erfolgt jede menschliche Entscheidung entweder frei und führt fallweise zu einem privatrechtlich geschlossenen Vertrag, oder sie wird erzwungen.

Ein rezentes Beispiel um diesen Unterschied aufzuzeigen, bildet die individuelle Mobilität. Wer nicht über unbegrenzte Mittel verfügt, sich nur ein einziges Fahrzeug leisten kann oder will und daher auf Wirtschaftlichkeit und Praxistauglichkeit seines fahrbaren Untersatzes achten muss, wird, sofern er Europäer ist, in den meisten Fällen einem sparsamen Dieselfahrzeug den Vorzug geben. Er hat dafür den Marktpreis zu bezahlen und kann mit einer entsprechenden Gegenleistung rechnen. Eine Vorgang, der in der Sphäre freier Entscheidung von frei agierenden Marktteilnehmern erfolgt. Markt pur.

Jetzt kommt aber die Politik in Gestalt giftgrüner Ideologie ins Spiel, die in ihrem unermesslichem Ratschluss beschließt, eine bestimmte Antriebstechnik, nämlich den Elektroantrieb, zu forcieren und daher großzügig zu subventionieren. Die Maßnahmen reichen von der direkten Bezuschussung des Kaufs sündteurer Elektrokarren, über die positive Diskriminierung der Elektromobilität (Steuererleichterungen, Gratisparken, etc.), bis hin zu Subventionen für Produzenten von Elektrofahrzeugen oder Fahrbatterien. Flankierend dazu werden Belastungen, Regulative und Einschränkungen (beispielsweise Fahrverbote) für die Nutzung konventionell angetriebener Fahrzeuge eingeführt. Von einer freien Entscheidung des Konsumenten kann unter diesen Umständen nicht mehr die Rede sein. Den unter dem Eindruck dieses giftigen Cocktails wird der Boden des Wirtschaftlichen verlassen und jener der Sphäre von Zwang und Gewalt betreten: eine lupenreine Plan- und Kommandowirtschaft, in der ein arroganter Klüngel von Politfunktionären sich anmaßt, besser zu wissen was für den einzelnen gut ist, als dieser selbst.

Ein Internetnutzer brachte es dieser Tage auf einem Blog auf den Punkt: *„Die mit dem Bus zur Arbeit fahrende Krankenschwester sponsert mit ihren Steuern den Tesla-Drittwagen der Professorengattin, sodass Elon Musk [der Tesla-Chef, Anm.] sich mit einem nicht markttauglichen Produkt die Taschen noch voller machen kann.“* Viel präziser kann man es nicht formulieren. Die Umverteilung von unten nach oben könnte nicht besser funktionieren. In einem nicht verzerrten, nicht politisierten Umfeld sind Elektroautos so gut wie unverkäuflich. Mit 70kg Treibstoff im Tank kommt man mit einem modernen Diesel-Pkw 1.500 Kilometer weit. Mit einer 600 kg schweren Batterie gerade einmal 400 Kilometer. Bei Anschaffungskosten von 30.000 Euro aufwärts, geringen Reichweiten und ungelösten Probleme bei der Entsorgung der hochgiftigen Altbatterien, ist der Kaufanreiz überschaubar. Tesla & Co. produzieren – hochsubventioniert - am Markt vorbei.

Schuld sind – wie immer – Staatsinterventionen in die Wirtschaft. So etwas geht - siehe sowjetische Zwangskollektivierungen, Maos „Großer Sprung nach vorn“ oder Maduros Misswirtschaft in Venezuela - niemals gut. Jedenfalls nicht für diejenigen, die für die jeweilige Chose zu bezahlen haben.

Tesla plant, wie das deutsche Managermagazin berichtet, die Errichtung einer „Gigafabrik“ in Brandenburg, nahe Berlin. Es scheint, dass dort beträchtliche Subventionen fließen sollen (die Rodung von mehr als 100 Hektar Wald fällt da schon gar nicht mehr ins Gewicht). Große Politik liebt eben den Schulterschluss mit dem Big Business.

Dass keiner der Wortführer des „Green-Deal“ sagen kann, woher denn die gigantischen Mengen an Kobalt und Lithium kommen sollen, die für einen weitreichenden Umstieg von Verbrennungs- auf Elektromotoren nötig sind, irritiert offenbar niemanden – am allerwenigsten die Massenmedien, die sich unisono als Herolde der zeitgeistigen Klimareligion betätigen und die CO₂-Vermeidung propagieren.

Fazit: eine freie Entscheidung ist stets besser als eine unter Zwang getroffene. Auch wenn der (zumindest derzeit noch) ohne KZ und Gulag auskommt.